

MÜLLER INGENIEURE AG

Geerenstrasse 6, Postfach 210 8157 Dielsdorf, T 043 422 10 00 www.mueller-ing.ch

Gemeinde Steinmaur, Kanton Zürich

Planung

Gesamtrevision Nutzungsplanung

Bauordnung

Öffentliche Auflage

Gemeinde Steinmaur, Kanton Zürich

Bauordnung

Änderung der Bau und Zonenordnung

Bau- und Zonenordnung (BZO)

Gemäss § 45 ff PBG

Öffentliche Auflage vom xx.xx.xxxx bis xx.xx.xxxx
An der Urnenabstimmung festgesetzt am xx.xx.xxxx

Namens der Urnenabstimmung:

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

Von der Baudirektion genehmigt am:

Für die Baudirektion:

ARE-Nr.:

Müller Ingenieure AG

Geerenstrasse 6, Postfach 210 8157 Dielsdorf, T 043 422 10 00

www.mueller-ing.ch

Projekt
Gesamtrevision
Nutzungsplanung
Bauordnung

Auftraggeber Gemeinde Steinmaur

Hauptstrasse 22 8162 Steinmaur

Termine / Zuständigkeiten

Erstausgabe 31.10.2025, LD/TF

Projektorganisation

Projektleiter Luca D'Ascanio (LD)

T 043 422 10 04

luca.dascanio@mueller-ing.ch

Begleitet durch Roger Bosshard, Hochbauvorstand

Pierre Winiger, Tiefbauvorstand Christian Müller, Finanzen und Sport Martin Meier, Bausekretär Tony Furger, Gemeindeingenieur

Projekt-Nr. 28.0842

Datei

 $H:\Steinmaur\28.08\28.0842\ BZO\ Revision\ 2022\5_BZO_Revision\ 2022\5_BZO_Revision\5$

sion\2_Bauordnung\

Bauordnung_Steinmaur_Synopse_20220707.docx



MÜLLER INGENIEURE AG

Geerenstrasse 6, Postfach 210 8157 Dielsdorf, T 043 422 10 00 www.mueller-ing.ch

Inhalt

1 Zonenordnung	5
2 Bauzonen	6
2.1 Kernzonen (K)	6
2.2 Zentrumszone (Z)	12
2.3 Wohnzonen (W1, W2, W3), Wohn- und Gewerbezone (WG2)	 14
2.4 Gewerbezone (G1 und G2)	 16
2.5 Zone für öffentliche Bauten (OE)	18
3 Empfindlichkeitsstufen	18
4 Ergänzende Bauvorschriften	19
5 Schlussbestimmungen	24



MÜLLER INGENIEURE AG

Geerenstrasse 6, Postfach 210 8157 Dielsdorf, T 043 422 10 00 www.mueller-ing.ch

Gültige Fassung 1998	BZO 2025	Erläuterungen
Links:	Mitte:	Rechts:
Gültige BZO, festgesetzt durch Beschluss der	Beantragte neue BZO	Bemerkungen / Hinweise
Gemeindeversammlung.		
	rot: = Änderungen gegenüber rechtskräftiger BZO	
Grün = Änderungen Begriffe oder Definition (auf Grund IVHB)	durchgestrichen: Verschiebung oder aufzuhebender Text	
	kursiv = Definition der Begriffe ändert sich auf Grund der IVHB	
	grau: Wiederholung Text gültige BZO, bei verschobenen Art. bzw.	
	Abs.	

1 Zonenordnung

	UND ZONENORDNUNG DER POLITIS INDE STEINMAUR	CHEN		U- UND ZONENORDNUNG DER PO MEINDE STEINMAUR	OLITISCHEN		
Planung	neinde Steinmaur erlässt, gestützt auf § 45 ogs- und Baugesetzes und unter Vorbehalt eic alen Rechts, für ihr Gemeindegebiet nachste rdnung.	lgenössischen und	45 (PB eid	Gemeinde Steinmaur erlässt, gestützt au des kantonalen Planungs- und Baugesetz G) mit den seitherigen Änderungen (und genössischen und kantonalen Rechts), für hstehende Bau- und Zonenordnung.	es <mark>vom 7. Septe</mark> n unter Vorbehalt	nber 1975	
Art. 1	Zonen		Art	. 1 Zonen			Die Empfindlichkeitsstufen der
	neindegebiet wird in folgende Zonen eingete alen und regionalen Nutzungszonen oder Wal			Gemeindegebiet wird in folgende Zonen tonalen und regionalen Nutzungszonen od	•		jeweiligen Zone wird direkt bei der Zonenübersicht ergänzt.
1.	Bauzonen			Zonen	Bezeichnung	ES	
	Kernzone	К		Kernzone	К	III	
	Zentrumszone	Z		Zentrumszone	Z	III	
	Wohnzone 1 Geschoss	W1		Wohnzone 1 Geschoss	W1	Ш	
	Wohnzone 2 Geschoss	W2		Wohnzone 2 Geschosse	W2	Ш	
	Wohnzone 3 Geschoss	W3		Wohnzone 3 Geschosse	W3	Ш	
	Wohn- und Gewerbezone 2 Geschoss	WG2		Wohn- und Gewerbezone 2 Geschosse	WG2	11/111*	
	Gewerbezone 1	G1		Gewerbezone 1	G1	III	
	Gewerbezone 2	G2		Gewerbezone 2	G2	III	
	Zone für öffentliche Bauten	Oe		Zone für öffentliche Bauten	Oe	11/111*	
2.	Freihaltezone	F		Freihaltezone	F		
3.	Reservezone	R	*ge	mäss Eintrag im Zonenplan			



Art. 2 Zonenplan	Art. 2 Zonenplan	Verweis auf den Zonenplan
Für die Abgrenzung der Zonen und für Anforderungen innerhalb der Zonen ist der Zonenplan Massstab 1:5'000 massgebend. Der mit der Bauordnung abgegebene verkleinerte Zonenplan ist nicht	1:2'000 massgebend.	wird mit den neuen Kernzonenpläne ergänzt-
rechtsverbindlich.	² Die Kernzonenpläne gehen dem allgemeinen Zonenplan vor. Der mit der Bauordnung abgegebene verkleinerte Zonenplan ist nicht rechtsverbindlich.	

2 Bauzonen

2.1 Kernzonen (K)

	Art. 3 Zweck, Nutzweise	Der Zweck der Kernzone wird
	¹ Die Kernzonenvorschriften bezwecken den Erhalt der landwirtschaftlich geprägten, charakteristischen Ortskerne inklusive deren Umgebung. Sie ermöglichen eine Weiterentwicklung der Dorfkerne und regeln die Einordnung von Um- und Neubauten.	
	² Die Kernzone dient der Wohnnutzung, zulässig sind ferner Büros, Ateliers und Praxen, Läden, landwirtschaftliche und andere mässig störende Betriebe.	
Art. 3 Zusätzliche Bewilligungspflicht	Art. 4 Zusätzliche Bewilligungspflicht	Hinweis in kommunaler
Zusätzlich bewilligungspflichtig sind:	¹ Zusätzlich bewilligungspflichtig sind:	Bauordnung auf zusätzliche Bewilligungspflicht in
Abbruch von Gebäuden und Gebäudeteilen	Abbruch von Gebäuden und Gebäudeteilen	Kernzonen.
 Erneuerung und Veränderung von Fassaden- und Dachmaterialien einschliesslich die Farbgebung 	 Erneuerung und Veränderung von Fassaden- und Dachmaterialien einschliesslich die Farbgebung 	
Änderung von Fenstern, Türen und ähnlichen Fassaden- elementen	 Änderung von Fenstern, Türen und ähnlichen Fassaden- elementen 	



Ein Abbruch darf nur bewilligt werden, wenn die Baulücke das Ortsbild nicht beeinträchtigt oder wenn die Erstellung des Ersatzbaus gesichert ist.	Visuell relevante Geländeänderungen, Mauern, Einfriedungen, Lärm- und Sichtschutzwände und dergleichen Ein Abbruch darf nur bewilligt werden, wenn die Baulücke das Ortsbild nicht beeinträchtigt oder wenn die Erstellung des Ersatzbaus gesichert ist.	
Art. 4 Umbau und Ersatzneubau Herkömmliche Gebäude dürfen entweder nach Art. 5 neu erstellt oder unter Beibehaltung ihrer bisherigen Erscheinung (Lage, Gebäudekubus, Dachform und Firstrichtung, Gestaltung der Fassaden usw.) umgebaut oder ersetzt werden. Geringfügige Abweichungen können bewilligt oder angeordnet werden, wenn dies im Interesse der Hygiene, der Verkehrssicherheit oder des Ortsbildschutzes liegt. Vorbehalten bleiben Unterschutzstellungen.	1 Die im Kernzonenplan braun bezeichneten Gebäude und Gebäudeteile sind für das Ortsbild wichtig. Diese Gebäude und Gebäudeteile dürfen nur umgebaut oder ersetzt werden. Vorbehalten bleiben allfällige Schutzmassnahmen. Die Gebäude müssen Lage, Gebäudeprofil, Erscheinungsbild und wesentliche gestalterische Elemente des Altbaus unabhängig von Abstandsunterschreitungen wahren oder übernehmen. 2 Herkömmliche Die übrigen Gebäude in der Kernzone dürfen-entweder nach Art. 5 neu erstellt oder unter Beibehaltung ihrer bisherigen Erscheinung, Lage, Gebäudekubus, Dachform und Firstrichtung, Gestaltung der Fassaden usw.) ohne Berücksichtigung der Vorschriften für Neubauten (Art. 6) umgebaut oder ersetzt werden. 3 Geringfügige Abweichungen können bewilligt oder angeordnet werden, wenn dies im Interesse der Hygiene, der Verkehrssicherheit, oder des Ortsbildschutzes liegt oder sonst überwiegende öffentliche Interessen dies erfordern. 4 Vorbehalten bleiben Unterschutzstellungen.	Neue Vorschriften, die Bezug auf die Kernzonenpläne und deren Inhalte geben. Die Vorschriften definieren im Detail wie mit den Einträgen der Kernzonenpläne umzugehen ist Es wird differenziert zwischen den ortsbaulich wichtigen Gebäuden, die nur umgebaut oder als Ersatzneubau mit hohen Anforderungen erstellt werden müssen oder den übrigen Gebäuden die Als Ersatzneubau mit niedrigeren Anforderungen ersetzt werden dürfen. Hinsichtlich zulässigen oder angeordneten Abweichungen für Um- oder Ersatzbauten wird neu allgemein auf öffentliche Interessen verweisen. Damit Gemeint sind z.B. Wohnhygiene, Verkehrssicherheit, Ortsbildschutz, Gewässerraum etc.
Art. 5 Grundmasse für Neubauten	Art. 6 Grundmasse für Neubauten	Nötige Ergänzung der
Es gelten folgende Grundmasse: Vollgeschosse max. 2	Es gelten folgende Grundmasse: Vollgeschosse	Fassadenhöhe in kombinaiton mit einer Gesamthöhe. Bei schwirig zu

anrechenbare Untergeschosse	max. 1	anrechenbar Untergeschosse	max. 1	bebauenden Grundstücken
_		anrechenbare Dachgeschosse	max. 2	mit Gefälle, darf Talseitig die
anrechenbare Dachgeschosse	max. 2	Gebäudelänge Gesamtlänge	max. 30 m	traufseitige Fassadenhöhe
Gesamtlänge	max. 30 m	Grenzabstände kleiner Grundabstand	mind. 3.5 m	um 1.0 m erhöht werden. Dies soll dazu führen, dass auf die situativen
Grenzabstände		grosser Grundabstand	mind. 8.0 m	Gegebenheiten rücksicht
kleiner Grundabstand	mind. 3,5 m	Gesamthöhe	max. 14.60 m	genommen werden kann.
grosser Grundabstand	mind. 8,0 m	Fassadenhöhe traufseitig	max. 8.10 m	Aufgrund den allgemein
		 ² Talseitig kann die traufseitige Fassadenh ³ Die im Kernzonenplan braun eingetrager Firstrichtungen sind für das Ortsbild wichtig 	nen Fassaden und	hohen Anforderungen an die Gestaltung und Einordnung, hat die Gemeinde genügend Handlungsspielraum um nicht gut eingeordnete Gebäude zu verhindern.
Art. 6 Nutzweise				Artikel wird ergänzt und neu
Die Kernzone dient der Wohnnutzung, zuläss und Praxen, Läden, landwirtschaftliche und a Betriebe				als Art. 3 geführt.
Art. 7 Stellung und Form der Bauten,		Art. 7 Stellung und Form der Bauten, N Abgrabungen	Aass der Nutzung ,	Der bisherige Inhalt von Art. 7 wird gestrichen und neu
Umbauten und Renovationen sowie Neu- un		Umbauten und Renovationen sowie Neu-	and Anhautan aller Art haban	formuliert (neu Abs. 1). Die
sich durch ihre Ausmasse, Form und Massstä herkömmliche charakteristische Bausubstanz	_	sich durch ihre Ausmasse, Form und Masss		Thematik der Abgrabung soll
Erscheinung des Ortsbildes zu wahren.	emzaoranen, am aannt ale	herkömmliche charakteristische Bausubsta	<u> </u>	neu in Art. 8 zur
Abgrabungen sind nur erlaubt für:		Erscheinung des Ortsbildes zu wahren.		Umgebungsgestaltung
Haus- und Kellerzugänge		Abgrabungen sind nur erlaubt für:		abgehandelt werden. Neu wird explizit für alle
Gartenausgänge		 Haus und Kellerzugänge 		Bauvorhaben in der Kernzone
Ein- und Ausfahrten zu Einzel-, Dop	pel- oder Sammelgaragen	 Gartenausgänge 		das Bauen bis auf die
ausreichende Belichtung des anrec		■ Ein- und Ausfahrten zu Einzel-, De	oppel- oder Sammelgaragen	Strassengrenze gestattet werden, wenn dies im Sinne
		ausreichende Belichtung des anre	echenbaren Untergeschosses	des Ortsbildes ist. Weiter
		¹ Bauten haben sich hinsichtlich der Gesta		sollen auch Abweichungen
		die bauliche und landschaftliche Umgebung		zugelassen und dass Mass
		und Form der Bauten sollen der Massstab เ	und die Gliederung des	der Nutzung vage formuliert



	<u> </u>	
	Dorfkernes gewahrt werden. Fassadenstruktur und -gliederung sind ortsüblich zu gestalten und müssen dem jeweiligen Gebäudetyp entsprechen.	werden (aufgrund der fehlenden Ausnützungsziffer). Ebenfalls
	 ² Das Bauen bis auf die Strassengrenze ist gestattet, wenn dadurch das Ortsbild verbessert und die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt werden. ³ Körnung und Massstäblichkeit der heutigen Bauten sind bei Neubauten weiterzuführen und bestimmen im Wesentlichen die bauliche Dichte. ⁴ Abweichungen von den Kernzonenbestimmungen (Art. 6 bis Art. 14) können bewilligt werden, wenn die Architektur nachweislich besonders gut ist, zwischen traditioneller und neuer Baukultur vermittelt und einen besonderen Beitrag zur Ortsbildentwicklung leistet. 	sind bei nachweislich guter Architektur Abweichungen der Kernzonenbestimmungen möglich. Bei grösseren Neubauvorhaben bildet ein Wettbewerb oder eine Variantenstudie mit Fachjury die Grundlage. Bei Umbauten oder Anbauten kann der Gemeinderat auf der Grundlage eines Fachgutachtens entscheiden.
	Art. 8 Umgebungsgestaltung	Bisher wurden hinsichtlich
	¹ In den Kernzonen ist bei der Umgebungsgestaltung eine gute Gesamtwirkung sicherzustellen. Die herkömmliche Umgebungsgestaltung und die bestehenden Grünflächen sind nach Möglichkeit zu erhalten.	Umgebungsgestaltung keine detaillierte Anforderung formuliert. Der Artikel soll
	² Eingriffe in die Umgebung sind möglichst gering zu halten. Traditionelle Elemente wie Vorgärten, Vorplätze, offene Wiesen und Brunnen sind zu erhalten und weiterzuverwenden. Gärten, Vorplätze und Einfriedungen sind grundsätzlich ortsüblich und optisch durchlässig zu gestalten.	den Vollzug erleichtern und auch den Bauherren von Anfang an aufzeigen, was die Anforderungen sind.
	³ Aus- und Einfahrten zu Tiefgaragen, Garagen und Abstellplätzen haben möglichst unauffällig in Erscheinung zu treten. Aus- und Einfahrten zu Tiefgaragen sind nach Möglichkeit in ein Gebäude zu integrieren oder zu überdecken.	
Art. 8 Dachform und Dachneigung	Art. 9 Dachform und Dachneigung	Das vorschreiben einer
Die Dachform und Dachneigung ist von den benachbarten Altbauten zu übernehmen.	¹ Die Dachform und Dachneigung ist von den benachbarten Altbauten zu übernehmen.	Mindestdachneigung wird aufgrund von Abs. 1 nicht
Es sind nur Satteldächer mit beidseitiger gleicher Neigung von mindestens 35° neuer Teilung (30° a.T.) zulässig.	² Es sind nur Satteldächer mit beidseitiger gleicher Neigung von mindestens 35° neuer Teilung (30° a.T.) zulässig.	benötigt.
Für besondere Gebäude im Sinne des § 273 PBG können auch Pult- und Schleppdächer mit geringerer Neigung gestattet werden.		



	³ Für besondere Gebäude Klein- und Anbauten im Sinne des § 273 PBG können auch Pult- und Schleppdächer mit geringerer Neigung gestattet werden.	
Art. 9 Dachvorsprünge bei Hauptgebäuden	Art. 10 Dachvorsprünge bei Hauptgebäuden	
Das Dach ist allseits vorspringend auszugestalten. Die Dach-vorsprünge haben bei Hauptgebäuden traufseitig mind. 70 cm und giebelseitig mind. 40 cm zu betragen. Trauf- und Ortgesimse sind schlank zu gestalten.	Das Dach ist allseits vorspringend auszugestalten. Die Dachvorsprünge haben bei Hauptgebäuden traufseitig mind. 70 cm und giebelseitig mind. 40 cm zu betragen. Trauf- und Ortgesimse sind schlank zu gestalten.	
Art. 10 Bedachungsmaterial	Art. 11 Bedachungsmaterial	Die Vorschrift wird
Für Dächer sind Ziegel in herkömmlicher Form und Farbe zu verwenden	¹ Für Satteldächer sind Tonziegel in herkömmlicher Form und Farbe zu verwenden. Werden Solaranlagen erstellt, sind auch andere Dachmaterialien zulässig.	dahingehend ergänzt, dass PV-Anlagen auch mit der Vorschrift von Tonziegel
	² Auf Pult- und Schleppdächern von Klein- und Anbauten sind auch andere Bedachungsmaterialen zulässig.	möglich bleiben. Ebenfalls sollen auf Klein- und Anbauten andere Bedachungsmaterialien zulässig sein, was auch ortsüblich ist.
Art. 11 Dachaufbauten, Dachfenster und Dacheinschnitte	Art. 12 Dachaufbauten, Dachfenster und Dacheinschnitte	In der Kernzone soll im Sinne
Dachaufbauten als Giebellukarne oder Schleppgauben sind nur im ersten Dachgeschoss zulässig.	¹ Dachaufbauten als Giebellukarnen oder Schleppgauben sind nur im ersten Dachgeschoss zulässig. Die Gesamtbreite alle Aufbauten darf maximal 1/3 der betreffenden Fassadenlänge betragen.	der Erhaltung der prägenden Dachlandschaft die Breite von Dachaufbauten wie
Die Front und die seitlichen Wände der Dachaufbauten müssen in Farbe und Material mit den übrigen Fassaden übereinstimmen oder in Holz bzw. Kupferblech ausgeführt werden.	Die Front und die seitlichen Wände der Dachaufbauten müssen in Farbe und Material auf das Dach, das Gebäude und die Umgebung	bisher auf 1/3 der betreffenden Fassadenlänge beschränkt werden. Das neue
Für Dachaufbauten ist dasselbe Bedachungsmaterial zu verwenden wie für das Hauptdach.	abgestimmt sein. mit den übrigen Fassaden übereinstimmen oder in Holz bzw. Kupferblech ausgeführt werden.	PBG lässt ½ der Fassadenlänge zu, dies führt
Die einzelnen Frontflächen von Dachaufbauten sind möglichst klein zu halten. Die Summe aller Frontflächen muss möglichst gering sein und darf	³ Für Dachaufbauten ist dasselbe Bedachungsmaterial zu verwenden wie für das Hauptdach.	in der Kernzone aber u.E. zu untypischen Dächern.
1/8 der Dachflächenansicht über dem jeweiligen Gebäudeteil nicht	⁴ Die einzelnen Frontflächen von Dachaufbauten sind möglichst klein zu	Ohnehin dürfte mehrheitlich
überschreiten.	halten. Die Summe aller Frontflächen muss möglichst gering sein und darf 1/8 der Dachflächenansicht über dem jeweiligen Gebäudeteil nicht	die 1/8 Regelung limitierend
Die Trauflinie des Hauptdaches darf durch Aufbauten nicht unterbrochen	überschreiten.	sein. Neu wird von Quergiebel statt von
werden. Kehrfirste sind zulässig.	5 Die Trauflinie des Hauptdaches darf durch Aufbauten nicht	Kreuzfirsten gesprochen. Aus
	unterbrochen werden. Kehrfirste sind zulässig.	baurechtlicher Definition sind
		diese gleich zu setzen. Jedoch

Die Zahl der Dachflächenfenster ist möglichst gering zu halten. Sie haben sich in Material und Farbe in die Dachfläche einzupassen. Die Glasfläche darf pro Fenster 0.60 m² nicht übersteigen. Dacheinschnitte sind nicht gestattet.	 Quergiebel sind zulässig, wenn sich der First dem Hauptdach deutlich unterordnet, die Dachneigung vom Hauptdach übernommen wird und die Proportionen gut sind. Die Zahl der Dachflächenfenster ist möglichst gering zu halten. Sie haben sich in Form, Material und Farbe in die Dachfläche einzupassen. Die Glasfläche darf pro Fenster 0.60 m2 nicht übersteigen. 	will man Firste mit einem Kreuz möglichst verhindern, da diese nicht ortsüblich sind. Einseitige «Quergiebel» gibt es diverse Beispiele in Steinmaur.
	8 Dacheinschnitte sind nicht gestattet.	Neu sollen Dachflächenfenster nicht in der Glasfläche beschränkt werden. Es hat sich gezeigt, dass wenige, dafür aber grössere Fenster sich besser einordnen als unzählige kleine Fenster. Im besten Fall wird unter Umständen sogar auf Dachaufbauten verzichtet, wenn grössere Dachflächenfenster realisiert werden dürfen.
Art. 12 Fassaden, Balkone	Art. 13 Fassaden, Balkone	Die Vorschrift wird
Für die Fassaden, Türen und Tore sind Materialien und Farben zu verwenden, die sich den herkömmlichen anpassen. Balkone und Lauben dürfen nicht über die Vordächer hinausragen und	¹ Für die Fassaden , Türen und Tore sind Materialien und Farben zu verwenden, die sich den herkömmlichen anpassen. Türen und Tore sind in der Regel in Holz zu fertigen.	hinsichtlich der Materialisierung ergänzt. Es entspricht der gelebten Praxis, dass Kunststofffenster
nur 1 m über die Giebelfassade auskragen.	 Fenster haben in der Regel die Form eines stehenden Rechteckes aufzuweisen. Fenster und Fensterläden aus Kunststoff sind nicht zulässig. Balkone und Lauben dürfen nicht über die Vordächer hinausragen und nur max. 1 m über die Giebelfassade auskragen. 	nicht zugelassen wurden und stattdessen Holz- oder Holzmetallfenster verbauten werden mussten.
Art. 13 Fenster	Art. 13 Fenster	Der Artikel wird gestrichen
Fenster haben die Form eines stehenden Rechteckes aufzuweisen. Bei Schleppgauben sind auch liegende Rechtecke zulässig. Zuoberst im Giebel von Fassaden und Lukarnen sind bei guter Gestaltung auch andere Formen gestattet.	¹ Fenster haben in der Regel die Form eines stehenden Rechteckes aufzuweisen. Bei Schleppgauben sind auch liegende Rechtecke zulässig. Zuoberst im Giebel von Fassaden und Lukarnen sind bei guter Gestaltung auch andere Formen gestattet.	und deren Inhalt zu Art. 13 Fassaden, Balkone hinzugefügt.



Wo es dem Gebäudecharakter und der baulichen Umgebung entspricht sind die Fenster mit Sprossen zu unterteilen und Fensterläden anzubringen.	² Wo es dem Gebäudecharakter und der baulichen Umgebung entspricht sind die Fenster mit Sprossen zu unterteilen und Fensterläden anzubringen.	
Art. 14 Technische Anlagen	Art. 14 Technische Anlagen	Der Artikel ist überholt und
Es sind nur unauffällige, nicht reflektierende Sonnenkollektoren gestattet.	Es sind nur unauffällige, nicht reflektierende Sonnenkollektoren gestattet.	die Anforderungen an PV- Anlagen werden übergeordnet bereits
Parabolspiegel sind farblich dem entsprechenden Hintergrund anzugleichen.	Parabolspiegel sind farblich dem entsprechenden Hintergrund anzugleichen.	definiert.
Art. 15 Reklameanlagen	Art. 14 Reklameanlagen	
Reklameanlagen sind gut zu gestalten, dürfen nicht störend wirken und haben sich gut in die Umgebung einzuordnen.	¹ Reklameanlagen sind gut zu gestalten, dürfen nicht störend wirken und haben sich gut in die Umgebung einzuordnen.	
Sie dürfen nur der Eigenwerbung dienen und sind im Erdgeschoss anzubringen. Die Fläche darf pro Gebäudelänge bzw. Gebäudebreite 1 m² nicht übersteigen. Bei mehreren Betrieben im gleichen Gebäude ist eine zusammengesetzte Werbefläche anzustreben.	² Sie dürfen nur der Eigenwerbung dienen und sind im Erdgeschoss anzubringen. Die Fläche darf pro Gebäudelänge bzw. Gebäudebreite 1 m ² nicht übersteigen. Bei mehreren Betrieben im gleichen Gebäude ist eine zusammengesetzte Werbefläche anzustreben.	
Leuchtreklamen sind von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr auszuschalten. Neue Leuchtreklamen sind unzulässig.	³ Leuchtreklamen sind von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr auszuschalten. Neue Leuchtreklamen sind unzulässig.	
Nicht gestattet sind sich bewegende oder reflektierende Reklameanlagen.	⁴ Nicht gestattet sind sich bewegende oder reflektierende Reklameanlagen.	
Für die Bezeichnung und Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Anlagen, für Gaststätten und ähnliche öffentlich zugängliche Betriebe sind unter Vorbehalt von Absatz 1 Abweichungen von den vorstehenden Bestimmungen möglich.	⁵ Für die Bezeichnung und Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden und Anlagen, für Gaststätten und ähnliche öffentlich zugängliche Betriebe sind unter Vorbehalt von Absatz 1 Abweichungen von den vorstehenden Bestimmungen möglich.	

2.2 Zentrumszone (Z)

Art. 15 Nutzweise	Neuer Artikel der die
Die Zentrumzone dient dem wonnen sowie Nutzungen die dem Dori und	Nutzweise der Zentrumszone beschreibt. Hergeleitet aus dem Siedlungsentwicklungskonzept.



Art. 16 Grundmasse		Art. 16 Grundmasse		Nötige Ergänzung der
Es gelten folgende Grundmasse:		¹ Es gelten folgende Grundmasse:		(bisherhigen) Gebäudehöhe durch Fassadenhöhen. Zudem
Vollgeschosse	max. 3	Vollgeschosse	max. 3	wird explizit ein Attikageschoss
anrechenbare Untergeschosse	max. 1	anrechenbare Untergeschosse	max. 1	zugelassen (IVHB). In der
anrechenbare Dachgeschosse	max. 2	anrechenbare Dachgeschosse	max. 2	Zentrumszone bleibt die bisherige Höhe unverändert
Gesamtlänge	unbeschränkt	Attikageschoss	max. 1	(Korrektur von 50cm entsteht
Grundabstand allseitig	mind. 3,5 m	Gesamtlänge	unbeschränkt	durch neuen Messpunkt am
Gebäudehöhe	max. 13,5 m	Grundabstand allseitig	mind. 3,5 m	Dach).
		Fassadenhöhe (generelles Mass)	max. 13. 0 m	Der Zuschlag für das
		giebelseitige Fassadenhöhe bei Schrägdächer	max. 20. 0 m	Attikageschoss entspricht der
		Gebäudehöhe	max. 13,5 m	Regelung gemäss § 280 Abs. 2 PBG, wobei vorliegend noch
		² Die Fassadenhöhe darf um folgende Masse e Mehrhöhenzuschlag zu beachten ist:	präzisiert wird, dass diese Fassadenhöhe zugleich als	
		 Bei offenen oder verglasten Absturzs nicht gemäss § 278 Abs. 2 zurückvers Fassadenflucht angeordnet sind, darf max. 1.0 m erhöht werden 		
		 Bei Attikageschossen darf die Fassad erhöht werden, wobei dieses Mass zu gilt. 		
Art. 17 Dachform und Neigungen		Art. 17 Dachform und Neigungen		
In der Zentrumszone sind Satteldächer zu erst sind nur zulässig, wenn dadurch die Nachbarb Strassenbild nicht beeinträchtigt werden.		In der Zentrumszone sind Satteldächer zu erste sind nur zulässig, wenn dadurch die Nachbarba Strassenbild nicht beeinträchtigt werden.		



2.3 Wohnzonen (W1, W2, W3), Wohn- und Gewerbezone (WG2)

						Art. 18 Nutzweise						Es soll auf die Beschränkung
					 Die Zonen W1, W2 und W3 dienen der Wohnnutzung, nicht störende Betriebe sind zulässig. Die Zone WG2 dient der Wohn- und Gewerbenutzung, es sind entsprechend der ES-Zuteilung nicht störende oder höchstens mässig störende Betriebe zulässig. 				der maximalen Gewerbefläche (1/3 in W und 2/3 WG) verzichtet werden.			
									Dies erscheint nicht mehr Zeitgemäss und überflüssig.			
Art. 18 Grundmasse						Art. 19 Grundmass	e					a) In der W1 ist ein
Es gelten folgende Grundmasse	e:			7	T	¹ Es gelten folgende	Grundmasse	2:				Systemwechsel zur BMZ
F	-r	W1	W2	W3	WG2			W1	W2	W3	WG2	vorgesehen. Dadurch erhofft
Ausnützung	max. %	25	40	60	50							man sich eine Entwicklung
Vollgeschosse		1	2	3	2	Ausnützung	max. %	25	40	60	50	der Einfamilienhausquarteire
anrechenbar Dachgeschosse	max.	2	2	2	2	Baumassenziffer für		4 -				unter Wahrung deren Identität.
anrechenbare	max. *	1	1	1	1	Hauptgebäude		1.5				b) Nötige Ergänzung der
Untergeschosse						BMZ für Klein-/Anb	auten	0.4				(bisherhigen) Gebäudehöhe
Gesamtlänge	max. m	25	30	40	30	Grünflächenziffer	mind.	35	35	35		durch Fassadenhöhen.
Grenzabstände						Vollgeschosse			2	3	2	Zudem wird explizit ein
kleiner Grundabstand	mind. m	5	5	6	5	anrechenbar			_	_		Attikageschoss zugelassen
grosser Grundabstand	mind. m	8	8	10	8	Dachgeschosse	max.		2	2	2	(IVHB). In den W2, WG2 und
Firsthöhe	max. m	5	6	7	6	anrechenbare	max.		1	1	1	W3 Zonen bleiben die bisherige Höhe unverändert
* Der Ausbau ist nur bis	50 % der Ge	schoss	läche	gestatte	et.	Untergeschosse						(Korrektur von 50cm entsteht
						Attikageschoss	Max.		1	1	1	durch neuen Messpunkt am
						Gebäudelänge Gesamtlänge	max. m	25	30	40	30	Dach).
						Grenzabstände kleiner	mind. m	_	_	_	_	Der Zuschlag für das Attikageschoss entspricht der
						Grundabstand	mind.	5	5	6	5	Regelung gemäss § 280 Abs.
						grosser Grundabstand	m	8	8	10	8	2 PBG, wobei vorliegend noch präzisiert wird, dass
						Fassadenhöhe (Grundmass)	max. m	7.50	7.60	10.90	7.60	diese Fassadenhöhe zugleich als Gesamthöhe nicht

	giebelseitig Fassadenhöhe bei Schrägdächer Firsthöhe	max. m	9.80 5	13.60 6	17.90 7	13.60 6	überschritten werden darf. Ebenfalls werden bei Attikageschossen weiterhin transparente
	 Die Fassadenhöhe darf um folgende Masse erhöht werden, wobei kein Mehrhöhenzuschlag zu beachten ist: Bei offenen oder verglasten Absturzsicherungen (Geländer), die nicht gemäss § 278 Abs. 2 zurückversetzt, sondern in der Fassadenflucht angeordnet sind, darf die Fassadenhöhe um max. 1.0 m erhöht werden. 						Absturzsicherungen (ohne zurückversetzen) ermöglicht, die gemäss der Messweise im neuen PBG zur Fassadenhöhe zählen.
	 Bei Attikage erhöht werd gilt. Der Ausbau 	len, wobei o ist nur bis 5	lieses M 0 % der	lass zugle Geschoss	eich als Gesa	mthöhe	
Art. 19 Geschlossene Bauweise, Grenzbau In den Zonen W1, W2, W3 und WG2 sind geschlossene Bauweise und Grenzbau erlaubt, wenn die Gesamtlänge die zulässige Gebäudelänge nicht überschreitet.	Art. 19 Geschlossene Bauweise, Grenzbau In den Zonen W1, W2, W3 und WG2 sind geschlossene Bauweise und Grenzbau erlaubt, wenn die Gesamtlänge die zulässige Gebäudelänge nicht überschreitet.					Artikel wird gestrichen, da dies für alle Bauzonen in Art. 24 der ergänzenden Bauvorschriften geregelt	
Der Grenzbau erfordert jedoch die Zustimmung des Nachbars, ausser wenn an ein bestehendes Grenzgebäude angebaut wird	Der Grenzbau erfordert jedoch die Zustimmung des Nachbars, ausser wenn an ein bestehendes Grenzgebäude angebaut wird					wird	
Art. 20 Zulassung von Gewerbe	Art. 20 Zulassung v	on Gewerb	e				Artikel wird gestrichen, der
In den Wohnzonen sind nicht störende Betriebe gestattet. Die gewerblich genutzte Fläche darf pro Gebäude max. 1/3 der dem Wohnen und Arbeiten dienenden Gesamtnutzfläche betragen.	In den Wohnzonen sir genutzte Fläche darf g Arbeiten dienenden G	oro Gebäude	. max. 1	/3 der de			Inhalt wird sinngemäss in Art. 17 (Nutzweise) aufgenommen
In der Wohn- und Gewerbezone sind mässig störende Betriebe gestattet. Die gewerblich genutzte Fläche darf pro Gebäude max. 2/3 der dem Wohnen und Arbeiten dienenden Gesamtnutzfläche betragen.	In der Wohn- und Gev Die gewerblich genutz Wohnen und Arbeiter	rte Fläche da 1 dienenden	orf pro (Gesam	Sebäude tnutzfläcl	max. 2/3 de	r dem	
Art. 21 Dacheinschnitte	Art. 20 Dachgestalt	tung Dachei	nschnit	te			In Sünikon wird eine
Dacheinschnitte sind zu mind. 2/3 mit schleppgaubenartigen Dächern aus gleichem Material wie das Hauptdach zu überdecken.	Dacheinschnitte sin aus gleichem Material	l wie das Ha	uptdach	ı zu über	decken.		Satteldachvorschrift erlassen, da der Hang exponiert ist und sich zudem im
	² In der im Zonenplar Hauptgebäuden nur S					•	Nahbereich des



Die Dachneigung ist auf die Altbauten der benachbarten Kernzone Aussichtschutzes von abzustimmen.. Dacheinschnitte sind nicht erlaubt. Regenbserg befindet. Die Freie Dachgestaltung in den übrigen Gebieten, erlaubt mit der Harmonisierung eine bessere Ausnutzung der Dachgeschosse (Dachaufbauten bis 1/2 statt 1/3 der Fassadenlänge, Dachneigungen über 45° möglich)

2.4 Gewerbezone (G1 und G2)

Art. 22 Grundmasse				Art. 21 Grundmasse				a) Die Änderungen der BMZ
Es gelten folgende Grundmas	sse:			¹ Es gelten folgende Grundma	sse:			haben voraussichtlich wenig
		G1	G2			G1	G2	Auswirkungen auf Gewerbebauten. Mit der
Baumassenziffer	max. m³/m²	4	6	Baumassenziffer	max. m³/m²	4.0	6.0	neuen Regelung kann
Gesamtlänge	max. m	40	50	Gesamtlänge	max. m	40	50	tendenziell mehr
Gebäudehöhe	max. m	10	13,5	Gebäudehöhe	max. m	10	13,5	oberirdisches Bauvolumen als Bisher erstellt werden
Grenzabstand				traufseitige Fassadenhöhe	max. m	10	13.5	(Wintergärten,
innerhalb der Zone	mind. m	5	5	giebelseitige Fassadenhöhe bei Schrägdächern	max. m	14	17.5	Witterungsbereiche). b) Die Höhen können
gegenüber Nachbarzonen	nach den Vorsc	hriften der		Grenzabstand				unverändert übernommen
Fireth the mask \$ 201 DDC	betreffenden Zo		4	- innerhalb der Zone	mind. m	5	5	werden. Eine Korrektur ist nicht nötig, da in der
Firsthöhe nach § 281 PBG	max. m	4	4	- gegenüber Nachbarzonen	Nach der Vorsch	rift der betre	ffenden	Gewerbezone eine leichte
					Zone			Erhöhung aufgrund der
				Firsthöhe nach § 281 PBG	max. m	4	4	Messweise durchaus

angebracht oder sogar ² Die Fassadenhöhe darf um folgende Masse erhöht werden, wobei kein gewünscht ist. Der Zuschlag Mehrhöhenzuschlag zu beachten ist: für das Attikageschoss Bei offenen oder verglasten Absturzsicherungen (Geländer), die entspricht der Regelung nicht gemäss § 278 Abs. 2 zurückversetzt, sondern in der gemäss § 280 Abs. 2 PBG, Fassadenflucht angeordnet sind, darf die Fassadenhöhe um wobei vorliegend noch max. 1.0 m erhöht werden präzisiert wird, dass diese Bei Attikageschossen darf die Fassadenhöhe um max. 3.3 m Fassadenhöhe zugleich als erhöht werden, wobei dieses Mass zugleich als Gesamthöhe Gesamthöhe nicht gilt. überschritten werden darf. Ebenfalls werden bei Attikageschossen weiterhin transparente Absturzsicherungen (ohne zurückversetzen) ermöglicht, die gemäss der Messweise im neuen PBG zur Fassadenhöhe zählen. Art. 23 Nutzweise Art. 22 Nutzweise Die Gewerbezone soll bewusst dem lokalen ¹ Die Gewerbezonen dienen dem lokalen Gewerbe. Logistikbetriebe, In den Gewerbezonen sind höchstens mässig störende Betriebe gestattet. Gewerbe dienen. Grössere Einkaufszentren, Rechencenter etc. sind nicht zulässig. Handels- und Dienstleistungsgewerbe sind zulässig. *Nutzungen, die insbesondre* ² In den Gewerbezonen sind höchstens mässig störende Betriebe Für vorübergehend angestellte Personen sind provisorische keine Arbeitsplätze schaffen Gemeinschaftsunterkünfte zugelassen. gestattet. Handels- und Dienstleistungsgewerbe sind zulässig. oder für einen erheblichen Für vorübergehend angestellte Personen sind provisorische Mehrverkehr sorgen können Gemeinschaftsunterkünfte zugelassen. werden aus planerischen Gründen explizit verboten. Die Regelung zu Gemeinschaftsunterkünfte ist abschliessend im PBG geregelt und bedarf keiner Präzisierung.



2.5 Zone für öffentliche Bauten (OE)

Art. 24 Grundmasse	Art. 23 Grundmasse	
In der Zone Oe gelten die kantonalrechtlichen Massvorschriften. Gegenüber privaten Nachbargrundstücken sind die Grenz- und	¹ In der Zone Oe gelten die kantonalrechtlichen Massvorschriften. Gegenüber privaten Nachbargrundstücken sind die Grenz- und	
Gebäudeabstände der betreffenden angrenzenden Zone einzuhalten.	Gebäudeabstände der betreffenden angrenzenden Zone einzuhalten.	

3 Empfindlichkeitsstufen

Art. 25 Empfindlichkeitsstufen		Art. 25 Empfindlichkeitsstufen	Die Empfindlichkeitsstufen der
Für die Bauzonen gelten gestützt auf die Art. 43.1 und 44		Für die Bauzonen gelten gestützt auf die Art. 43.1 und 44	jeweiligen Zone wird direkt bei der Zonenübersicht (Art. 1)
Lärmschutzverordnung (LSV) folgende Empfindlichkeitsstufen (ES):		Lärmschutzverordnung (LSV) folgende Empfindlichkeitsstufen (ES):	ergänzt.
Zone	ES	Zone ES	
Kernzone (K)	III	Kernzone (K)	
Zentrumszone (Z)	III	Zentrumszone (Z)	
Wohnzonen (W1, W2, W3)	II	Wohnzonen (W1, W2, W3)	
Wohn- und Gewerbezone (WG2)	III	Wohn- und Gewerbezone (WG2) III	
Gewerbezonen (G1, G2)	III	Gewerbezonen (G1, G2)	
Zone für öffentliche Bauten (Oe)	II/III (gemäss Eintrag	Zone für öffentliche Bauten (Oe) II/III (gemäss Eintrag	
	im Zonenplan)	im Zonenplan)	
Art. 26 Lärmvorbelastung		Art. 26 Lärmvorbelastung	
(aufgehoben)		(aufgehoben)	



Art. 27 LSV ausserhalb Bauzonen	Art. 27 LSV ausserhalb Bauzonen	
(Aufgehoben)	(Aufgehoben)	

4 Ergänzende Bauvorschriften

Art. 28 Geschlossene Bauweise Die geschlossene Bauweise ist bis zur maximal zulässigen Gebäudelänge in allen Bauzonen gestattet.	Art. 24 Geschlossene Bauweise 1 Die geschlossene Bauweise ist bis zur maximal zulässigen Gesamtlänge in allen Bauzonen gestattet. 2 Die massgeblichen Fassadenlängen von benachbarten Hauptgebäuden werden zusammengerechnet, wenn der Gebäudeabstand 7 m unterschreitet. Klein- und Anbauten sind dabei nicht einzurechnen.	Abs. 2 wird ergänzt, da der Artikel über den Mehrlängenzuschlag vollständig gestrichen wird. Dadurch kann eine gewisse Körnigkeit sichergestellt werden.
Art. 29 Grosser und kleiner Grundabstand Der grosse Grundabstand gilt vor der Hauptwohnseite, in der Regel vor der längeren, am meisten nach Süden gerichteten Gebäudeseite. Der kleine Grundabstand ist vor den übrigen Gebäudeseiten einzuhalten.	Art. 25 Grosser und kleiner Grundabstand Der grosse Grundabstand gilt vor der Hauptwohnseite, in der Regel vor der längeren, am meisten nach Süden gerichteten Gebäudeseite. Der kleine Grundabstand ist vor den übrigen Gebäudeseiten einzuhalten.	
Art. 30 Mehrlängenzuschlag In den Wohnzonen W1, W2 und W3 ist bei Fassaden von mehr als 16 m Länge der Grundabstand um 1/5 der Mehrlänge zu erhöhen. Die für den Mehrlängenzuschlag massgeblichen Fassadenlängen von benachbarten Hauptgebäuden werden zusammengerechnet, wenn der Gebäudeabstand 7 m unterschreitet. Besondere Gebäude sind dabei nicht einzurechnen.	Art. 30. Mehrlängenzuschlag In den Wohnzonen W1, W2 und W3 ist bei Fassaden von mehr als 16 m Länge der Grundabstand um 1/5 der Mehrlänge zu erhöhen. Die für den Mehrlängenzuschlag massgeblichen Fassadenlängen von benachbarten Hauptgebäuden werden zusammengerechnet, wenn der Gebäudeabstand 7 m unterschreitet. Besondere Gebäude sind dabei nicht einzurechnen.	Der Mehrlängenzuschlag wird vollständig gestrichen. Die daraus resultierenden Mehrlängen sogen für Einschränkungen bei der Ausnützung eines Grundstückes und bringen in einem untergeordnetem Ausmass ein Mehrwert.
Art. 31 Gebäudehöhe Die Gebäudehöhe bestimmt sich nach der Anzahl der Vollgeschosse oder nach den in der Bau- und Zonenordnung angeführten Massen. Pro	Art. 31 Gebäudehöhe Die Gebäudehöhe bestimmt sich nach der Anzahl der Vollgeschosse oder nach den in der Bau- und Zonenordnung angeführten Massen. Pro	Die Gebäudehöhen, respektive Fassadenhöhen



						1		
			zulässiges Vollgeschoss is	werden neu in den				
zusätzlich 1,5 m für die Erhebung des Erdgeschosses zu rechnen.			zusätzlich 1,5 m für die Ei	Grundmassen definiert.				
Art. 32 Strassenabstand bei fehlenden Baulinien			Art. 26 Strassenabstar	nd bei fehlenden Baulir	nien	Der Strassenabstand für		
Fehlen Baulinien für öffei	ntliche und private Stra	assen und Plätze sowie für	Fehlen Baulinien für öffer	ntliche und private Stra	ssen und Plätze sowie für	unterirdische Gebäude wird		
öffentliche Wege und ers			öffentliche Wege und ers	·		auf ein Minimum reduziert,		
oberirdische Gebäude eir		= -	oberirdische Gebäude eir			da dieser «Raum» nicht		
Plätzen und von 3,5 m ge	-	~	Plätzen und von 3,5 m ge	genüber Wegen einzuh	alten, unterirdische	benötigt wird und dadurch		
Bauten mindestens 3,0 m	1.		Bauten mindestens 0.50	m. 3,0 m .		spielraum für Einstellhallen		
						geschaffen wird.		
Art. 33 Besondere Ge	ebäude		Art. 27 Klein- und Anb	auten Besondere Gebä	iude	Statt dem Begriff «Besondere		
Besondere Gebäude, die	nicht für den dauernde	en Aufenthalt von	¹ Klein- und Anbauten B e	esondere Gebäude, die	nicht für den dauernden	Gebäude» wird neu der		
Menschen bestimmt sind			Aufenthalt von Menscher	•		Begriff «Klein- und Anbaute»		
dürfen bis zu einer Länge			nicht übersteigt, dürfen b		•	verwendet. Die Vorschrift		
1,75 m an die Grenze ges			Zustimmung bis 1,75 m a			bezüglich Grenzbau sowie die		
Gebäude gilt ein Grenzab	stand von 3,5 m.		Klein- und Anbauten besc	onderen Gebäude gilt e	in Grenzabstand von 3,5	Grössenbeschränkung pro		
Fin Granzhau hadarf dar	Ein Grenzbau bedarf der schriftlichen Zustimmung des Nachbarn. Die			m.				
	Grundfläche aller besonderen Gebäude darf auf einem Grundstück 10 %			² Ein Grenzbau bedarf der schriftlichen Zustimmung des Nachbarn. Die				
der Grundstücksfläche ni			Grundfläche aller besond	überflüssig.				
beträgt jedoch 50 m².			der Grundstücksfläche nie					
0 7			beträgt jedoch 50 m².					
Art. 34 Garagen und	Abstellplätze		Art. 28 Garagen und A	a) Der Parkplatzbedarf wird				
Die Zahl der Garagen- un	d Abstellplätze bestimi	mt sich wie folgt:	1 Die Zahl der Garagen- ı	pro Wohnung auf 1PP/80 m ²				
Nutzungsart	Bewohner oder	Besucher oder Kunden	Nutzungsart	Bewohner oder	Besucher oder Kunden	angepasst, respektive erhöht.		
	Beschäftigte			Beschäftigte		Dadurch soll der stetig		
Wohnen			Wohnen			steigende Bedarf und		
Wohnungen,	Pro Wohnung:	20 % der	Wohnungen,	Pro Wohnung:	20 % der	mangelnden Parkplätzen in		
Einfamilienhäuser	1 PP/90 m ² mGF	Pflichtparkplätze	Einfamilienhäuser	1 PP/ <mark>80 90 m² mGF</mark>	Pflichtparkplätze	Steinmaur Rechnung		
Verkaufsgeschäfte			Verkaufsgeschäfte			getragen werden. b) Die Auf- und Abrundung		
Lebensmittel	1 PP/100 m ² mGF	1 PP/40 m ² mGF ①	Lebensmittel	1 PP/100 m ² mGF	1 PP/40 m ² mGF 0	soll neu definiert werden, da		
Nicht-Lebensmittel	mind. 0,5 PP/AP	1 PP/100 m ² MGF 2	Nicht-Lebensmittel mind. 0,5 PP/AP 1 PP/100 m² MGF ②			aufgrund der konsequenten		
Gastbetriebe			Gastbetriebe					
Restaurant, Café	1 PP/40 Sitzplätze	1 PP/6 Sitzplätze	Restaurant, Café	1 PP/40 Sitzplätze	1 PP/6 Sitzplätze	Aufrundung von Bruchteilen		
Konferenzräume, Säle	4.00/7.7:	1 PP/10 Sitzplätze	Konferenzräume, Säle	1 DD/7 7immor	1 PP/10 Sitzplätze	im Vollzug öfters		
Hotel	1 PP/7 Zimmer	1 PP/2 Zimmer	Hotel	1 PP/7 Zimmer	1 PP/2 Zimmer			

	stleistungen,				
publ publ nicht publ indu	ikumsintensive ikumsorientierte t ikumsorientierte strielle ikation, Lager	1 PP/80 m ² mGF mind. 0,5 PP/AP 1 PP/150 m ² mGF mind. 0,5 PP/AP	1 PP/50 m² mGF 1 PP/100 m² mGF 1 PP/300 m² mGF 1 PP/300 m² mGF nach SN 640601a der VSS		
	ere Nutzungen				
Ande	ere Nutzungen	nach SN 640601a der VSS	nach SN 640601a der VSS		
Bruc	hteile sind aufzuru	nden			
 Güterumschlag separat z.B. Schalterbetriebe (Anteile von Banken, Poststellen usw.) z.B. Praxen, Coiffeur, Reisebüro, unbekannte Nutzung 					
4	z.B. reine Bürofl	äche			

Dienstleistungen, Gewerbe, Industrie 1 PP/80 m² mGF 1 PP/50 m² mGF 2 publikumsintensive publikumsorientierte mind. 0,5 PP/AP 1 PP/100 m² mGF **6** 1 PP/150 m² mGF 1 PP/300 m² mGF **4** nicht nach SN 640601a der publikumsorientierte mind. 0,5 PP/AP **VSS** industrielle Fabrikation, Lager **Andere Nutzungen** nach SN 640 281 nach SN 640 281 601a Andere Nutzungen 601a der VSS der VSS

unbefriedigenden Situationen festaestellt wurden. c) Abs. 3 wird gestrichen, da Ausnahmeregelungen im neuen Artikel 30 (Besondere Verhältnisse) aufgenommen und präzisiert werden.

Bruchteile unter der Hälfte werden abgerundet und ab der Hälfte aufgerundet. sind aufzurunden

- Güterumschlag separat
- 0 z.B. Schalterbetriebe (Anteile von Banken, Poststellen usw.)
- € z.B. Praxen, Coiffeur, Reisebüro, unbekannte Nutzung
- z.B. reine Bürofläche
- AΡ Arbeitsplatz

mGF massgebende Geschossfläche, das heisst alle dem Wohnen, Arbeiten oder sonst dem dauernden Aufenthalt dienenden Flächen oder hierfür verwendbare Räume, unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessungsflächen und Sanitärräume samt inneren Trennwänden PP Personenwagen-Abstellplatz (Parkplatz)

² Die Abstellplätze müssen auf dem Baugrundstück oder in nützlicher Entfernung davon liegen. Mindestens die Hälfte davon sind als Einstellplätze zu gestalten. Die Besucherparkplätze sind als solche zu

bezeichnen.

3 In Sonderfällen entscheidet der Gemeinderat.

Art. 29 Reduktion

- ¹ In Gebieten mit guter Erschliessung durch öffentliche Verkehrsmittel kann der Gemeinderat eine Reduktion der Anzahl Parkplätze für Bewohner, Beschäftigte, Besucher und Kunden je nach ÖV-Güteklasse gegenüber dem Normbedarf bewilligen.
- ² Reduktionen sind wie folgt möglich:
 - ÖV-Güteklasse A-C bis auf max. 70% des Normbedarfs

Es soll die Möglichkeit einer Reduktion bei entsprechender ÖV-Güteklasse geschaffen werden. Dadurch können Bauherren bei einer guten ÖV-Anbindung den

AP Arbeitsplatz

mGF massgebende Geschossfläche. das heisst Wohnen, Arbeiten oder sonst dem dauernden Aufenthalt dienenden Flächen oder hierfür verwendbare Räume, unter Einschluss der dazugehörigen Erschliessungsflächen und Sanitärräume samt inneren Trennwänden

PΡ Personenwagen-Abstellplatz (Parkplatz)

Die Abstellplätze müssen auf dem Baugrundstück oder in nützlicher Entfernung davon liegen. Mindestens die Hälfte davon sind als Einstellplätze zu gestalten. Die Besucherparkplätze sind als solche zu bezeichnen.

In Sonderfällen entscheidet der Gemeinderat.

	ÖV-Güteklasse D bis auf max. 85% des Normbedarfs	Normbedarf reduzieren. Es handelt sich dabei um eine «kann» und keine «muss» Vorschrift. Massgebend ist die Einteilung in ÖV-Güteklassen gemäss «Wegleitung zur Regelung des Parkplatzbedarfs in kommunalen Erlassen» (Stand 15. Juni 2018).
	Art. 30 Besondere Verhältnisse	Die Vorschrift soll
	¹ Sind aufgrund von besonderen Gegebenheiten im konkreten Einzelfall mehr Motorfahrzeuge zu erwarten oder kann schlüssig nachgewiesen werden, dass weniger Abstellplätze erforderlich sind, so können Abweichungen gegenüber der Berechnungsweise von Art. 28 und 29 bewilligt werden.	Ausnahmen möglich machen, wenn diese begründet sind.
Art. 35 Kinderwagen, zweirädrige Fahrzeuge, Rollstühle	Art. 31 Kinderwagen, zweirädrige Fahrzeuge, Rollstühle	Die hindernisfreien Zugänge
Bei Mehrfamilienhäusern sind in der Nähe des Hauseinganges genügend grosse, gedeckte, gut zugängliche Abstellflächen für Kinderwagen und zweirädrige Fahrzeuge bereitzustellen. Die Anzahl der Veloabstellplätze richtet sich nach den kantonalen Richtlinien.	¹ Bei Mehrfamilienhäusern sind in der Nähe des Hauseinganges genügend grosse, gedeckte, gut zugängliche Abstellflächen für Kinderwagen und zweirädrige Fahrzeuge bereitzustellen. Die Anzahl der Veloabstellplätze richtet sich nach den kantonalen Richtlinien.	werden nach der Norm SIA 500, Hindernisfreie Bauten definiert. Eine zusätzliche Regelung in der Bauordnung
Der Zugang bis zum Haupteingang ist rollstuhlgängig zu gestalten. Ausnahmen sind bewilligungspflichtig.	² Der Zugang bis zum Haupteingang ist rollstuhlgängig zu gestalten. Ausnahmen sind bewilligungspflichtig.	ist überflüssig.
Art. 36 Spiel- und Ruhefläche	Art. 32 Spiel- und Ruhefläche	
Bei der Erstellung von Mehrfamilienhäusern sind verkehrssichere Flächen von mind. 15 % der Grundstücksfläche als Kinderspielplätze, Freizeit- und Pflanzgärten oder, wo nach der Zweckbestimmung der Gebäude ein Bedarf besteht, als Ruheflächen auszugestalten.	Bei der Erstellung von Mehrfamilienhäusern sind verkehrssichere Flächen von mind. 15 % der Grundstücksfläche als Kinderspielplätze, Freizeit- und Pflanzgärten oder, wo nach der Zweckbestimmung der Gebäude ein Bedarf besteht, als Ruheflächen auszugestalten.	
Art. 37 Container und Entsorgungsplätze	Art. 33 Container und Entsorgungsplätze	
Die Erstellung von Container- und Entsorgungsplätzen bestimmt sich nach § 249 PBG und nach der kommunalen Abfallverordnung.	Die Erstellung von Container- und Entsorgungsplätzen bestimmt sich nach § 249 PBG und nach der kommunalen Abfallverordnung.	
Art. 38 Aufschüttungen Stützmauern	Art. 38. Aufschüttungen, Stützmauern	Der Artikel wird gestrichen
		und deren Inhalt auf die



Schüttungen (bezogen auf das gewachsene Terrain) dürfen die Höhe von 1,20 m nicht übersteigen (Stützmauern max. 1,0 m). Die Anböschung hat 2:3 zu erfolgen (Höhe zu Länge).	¹ Schüttungen (bezogen auf das gewachsene Terrain) dürfen die Höhe von 1,20 m nicht übersteigen (Stützmauern max. 1,0 m). Die Anböschung hat 2:3 zu erfolgen (Höhe zu Länge).	nachkommenden, neuen Artikel verlagert.
Mit schriftlicher Zustimmung des Nachbarn können diese Masse bis zu 1,5 m über dem gewachsenen Terrain erhöht werden. Diese Erleichterungen gelten nicht gegenüber Strassen, Wegen und Plätzen. Art. 39 Freilegung Untergeschoss Mit Ausnahme der Kernzone dürfen anrechenbare Untergeschosse bis max. 50 % ihrer Fassadenfläche freigelegt werden.	 Mit schriftlicher Zustimmung des Nachbarn können diese Masse bis zu 1,5 m über dem gewachsenen Terrain erhöht werden. Diese Erleichterungen gelten nicht gegenüber Strassen, Wegen und Plätzen. Art. 34 Anrechenbare Untergeschosse, Aufschüttungen und Abgrabungen Freilegung Untergeschosse Mit Ausnahme der Kernzone dürfen anrechenbare Untergeschosse bis max. 50 % ihrer Fassadenfläche freigelegt werden. Anrechenbare Untergeschosse dürfen zu Wohn- und Arbeitsräumen ausgebaut werden, soweit sich eine genügende Belichtung über dem massgebenden Terrain ergibt. Abgrabungen und Aufschüttungen untergeordneter Natur sind zulässig, sofern sie sich gut dem natürlichen Terrain und an angrenzenden Parzellen anpassen. Ausgenommen sind Kellerabgänge, Hauszugänge und Garageneinfahrten. 	Die Freilegung des Untergeschosses bis max. 50 % der Fassadenfläche kann zu grösseren Abgrabungen führen die unerwünscht sind. Zukünftig sollen Wohnräume in Untergeschossen entstehen dürfen, sofern diese natürlich belichtet werden können. Die Vorschriften zu Aufschüttungen werden neu unter Aufschüttungen und Abgrabungen definiert. Die Vorschrift soll sich mehr daran orientieren, dass sich die Terrainveränderungen
		gut an die Umgebung anpassen sollen. Auf konkrete Massvorschriften soll verzichtet werden.
	Art. 35 Mehrwertausgleich 1 Auf Planungsvorteilen, die durch Auf- oder Umzonungen entstehen, wird keine Mehrwertabgabe im Sinne von § 19 des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG) erhoben	Wortlaut aus kantonalen Vorgaben übernommen.



5 Schlussbestimmungen

Art. 40 Inkrafttreten		Art. 36 Inkrafttreten		
Diese Bau- und Zonenordnung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der regierungsrätlichen Genehmigung in Kraft.		Diese Bau- und Zonenordnung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der regierungsrätlichen Rechtskraft der Genehmigung		
bekamendendig der regierungsrächen Genermigung in krait.		durch die Baudirektion in Kraft.		
Art. 41 Festsetzung		Art. 37 Festsetzung		
Diese Bau- und Zonenordnung wurde von der Gemeindeversammlung am 1. Dezember 1997 festgesetzt.		Diese Bau- und Zonenordnung wurde von der Gemeindeversammlung am an der Urnenabstimmung vom 18.05.2025 1. Dezember 1997 festgesetzt.		
Namens der Politischen Gemeinde Steinmaur:		Namens der Politischen Gemeinde Steinmaur:		
Der Gemeindepräsident	Der Gemeindeschreiber	Der Gemeindepräsident	Die Gemeindeschreiberin	
Arthur Schwarz	Stefan Kläusler	Andreas Schellenberg	Edith Lee	
Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat die Bau- und Zonenordnung mit Beschluss Nr. 817 am 8. April 1998 genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am 8. Mai 1998 .		Von der-Baudirektion Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat die Bauund Zonenordnung mit Beschluss Nr. 817 am 8. April 1998 genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Rechtskraft erfolgte am 8. Mai 1998.		

